

3. Rettungsschirm Axpo: Ist der Kanton Zürich ein verantwortungsvoller Eigentümer?

Dringliche Interpellation Beatrix Frey (FDP, Meilen), Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Yvonne Bürigin (Die Mitte, Rüti) vom 19. September 2022

KR-Nr. 333/2022

Ratspräsidentin Esther Guyer: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich der Baudirektor, Regierungsrat Martin Neukom, den ich hiermit herzlich begrüesse.

Regierungsrat Martin Neukom: Stromproduzenten im In- und Ausland verkaufen ihren Strom oftmals bis zu drei Jahre im Voraus. Dieser Vorgang des Im-Voraus-Verkaufens oder -Kaufens nennt man «Hedging», und der Vorteil dieses Hedgings ist die Planbarkeit auf beiden Seiten. Sie können in Ihrer Buchhaltung und in Ihrer Finanzplanung bereits mit Strom rechnen, den Sie zu einem bestimmten Preis kaufen oder verkaufen. Das hat sowohl für die Produzenten wie für die Konsumenten Vorteile, deshalb macht man dies. Vielfach wird dies über die Börse abgewickelt. Und an der Börse, an der Strombörse beispielsweise in Leipzig, ist es so, dass da Sicherheiten verlangt werden. Diese Sicherheiten, die verlangt werden, sind vergleichbar mit einer Mietkaution: Damit Sie die Wohnung erhalten, müssen Sie einige tausend Franken hinterlegen. Wenn Sie die Wohnung zurückgeben, dann kriegen Sie dieses Geld wieder zurück.

Warum verlangt die Börse solche Sicherheiten? Ganz einfach: Wenn die Börse solche Verträge abschliesst und dann ein Produzent ausfallen würde oder ausfällt, dann muss die Börse entsprechend den Strom irgendwo anders einkaufen. Deshalb verlangt die Börse als Sicherheit jeweils die Differenz zwischen dem vertraglich abgeschlossenen Betrag, dem Preis, und dem aktuellen Marktpreis. Das wird «Margin» genannt und dieses Margin wird täglich ausgeführt. Jeden Tag müssen also alle Marktteilnehmer diese Margins neu hinterlegen, wenn der Strompreis beispielsweise steigt. Normalerweise sind das sehr kleine Beträge und es ist auch nicht eine sehr grosse Diskussion. In der aktuellen Lage, ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine, werden diese Beträge hingegen derart gross, dass sie für Marktteilnehmer – nicht nur die Axpo (*Schweizer Energiekonzern*), sondern auch andere in ganz Europa – zu Risiken für die Liquidität führen. Was mir noch wichtig ist zu unterscheiden in diesem Moment: Wir müssen unterscheiden zwischen einer Firma, die ein Liquiditätsproblem hat, und einer Firma, die ein Profitabilitätsproblem hat. Und hier scheint mir, dass das in der politischen Diskussion oftmals verwechselt wird.

Jetzt, in dieser Lage haben die Axpo und auch einige andere grosse Stromerzeuger in ganz Europa ein Liquiditätsproblem. Sie sind grundsätzlich hoch profitabel, weil die Strompreise hoch sind. Aber sie haben vorübergehend zu wenig Liquidität, und deshalb besteht trotzdem eine Gefahr der Insolvenz. Es ist also nicht so,

dass grundsätzlich ein Geschäftsmodell nicht funktioniert und eine Firma seit längerem rote Zahlen schreibt.

Ich komme zu den Fragen, zur ersten Frage der Interpellation: War der Regierungsrat zum Zeitpunkt der Beantwortung der genannten Anfragen über den Antrag der Axpo an den Bund informiert? Selbstverständlich nicht. Nein, natürlich nicht, sonst hätten wir ja etwas gesagt. Die Beantwortung der Anfragen 144/2022 und 148/2022 hat der Regierungsrat am 24. August dieses Jahres beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt wusste auch der Verwaltungsrat der Axpo noch nicht, dass er zu einem späteren Zeitpunkt dann den Rettungsschirm beantragen wird, respektive dass die Situation sich so ändert, dass ein Rettungsschirm nötig wird. Am 26. August, also zwei Tage später, wurde angekündigt, dass die Nordstream-1-Pipeline erneut unterbrochen wird. Dies hat erneut zu einem extremen Anstieg der Strompreise geführt. Der Strompreis war vorher schon sehr hoch und innerhalb eines Tages hat sich der Strompreis für das Jahr 2023 nochmalig verdoppelt. Sie müssen sich das vorstellen: Das ist das 20-fache des Niveaus vom August 2021. Diese Ereignisse bewogen den Verwaltungsrat der Axpo dazu, am 2. September dieses Jahres dem Bundesrat Antrag auf den Rettungsschirm zu stellen. Selbst zu diesem Zeitpunkt, als dem Bundesrat der Antrag für den Rettungsschirm gestellt wurde, verfügte die Axpo noch über eine Liquidität von 2 Milliarden Schweizer Franken. Aus meiner Sicht ist das ein sehr, sehr grosser Betrag. Warum hat die Axpo trotzdem den Rettungsschirm beantragt? Weil man befürchtet hatte, dass sich die Marktsituation weiter verschlechtert.

Zweite Frage: Weshalb hat der Regierungsrat die Situation falsch eingeschätzt? Ich glaube, der Regierungsrat hat die Situation gar nicht so falsch eingeschätzt, wenn man die Antwort auf diese Anfrage liest. In der Frage 4 steht beispielsweise: Bei einem nochmaligen extremen Anstieg der Strompreise kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Axpo den vom Bundesrat geplanten Rettungsschirm in Anspruch nehmen muss. Und leider ist genau das passiert: Die Strompreise sind nochmalig angestiegen und deshalb hat die Axpo schlussendlich den Rettungsschirm in Anspruch nehmen müssen respektive noch nicht in Anspruch genommen; ich komme gleich noch dazu.

Frage 3: Wie beurteilt der Regierungsrat das Geschäftsmodell, namentlich das Handelsgeschäft und das Risikomanagement der AXPO, aus heutiger Sicht? Wir müssen diesbezüglich unterscheiden zwischen dem Verkauf der inländischen Stromproduktion – das passiert nämlich auch an der Börse in Leipzig – und dem sogenannten Origination. Origination ist das reine Auslandgeschäft, da kauft die Axpo Strom an einen Ort und verkauft ihn am anderen Ort wieder. Das Liquiditätsproblem ist nicht durch das Origination-Geschäft entstanden, das Liquiditätsproblem ist durch die Absicherung der inländischen Produktion entstanden, im Kerngeschäft der Axpo, nämlich der Stromproduktion. Dies wurde in der politischen und in der medialen Debatte oftmals vermischt. Um diesbezüglich Transparenz zu schaffen, plant der Regierungsrat, zusammen mit dem Kanton Aargau und weiteren Eignern, eine externe Prüfung der Geschäftsführung der Axpo, um hier der Öffentlichkeit gegenüber aufzeigen zu können, was hier wirklich passiert ist.

Ich komme zur Frage 4: Wie beurteilt der Regierungsrat das Liquiditätsmanagement der Axpo im Vergleich zur BKW (*Bernische Kraftwerke AG*), die auf die Inanspruchnahme des Rettungsschirms verzichtet? Nun, ich muss ehrlich sagen, diese Frage hat mich ein bisschen enttäuscht, Frau Kantonsrätin Frey-Eigenmann. Als Freisinnige sollten Sie den Unterschied kennen zwischen Markt und Monopol. Die BKW ist eine Firma, die zu sehr grossen Teilen im Monopolbereich tätig ist – ja, es ist so. Das heisst, die BKW kann den Strom, den sie produziert, direkt an ihre Endkunden verrechnen. Und kein Wunder, hat sie dabei sehr, sehr tiefe Risiken und somit auch keine Liquiditätsprobleme, ganz im Gegensatz zur Axpo: Die Axpo hat fast keine gebundenen Kunden, nur ganz wenige über die CKW (*Centralschweizerische Kraftwerke AG*). Die Axpo muss ihren Strom am freien Markt verkaufen, und es ist so, am freien Markt sind logischerweise die Risiken grösser. Die Axpo produziert mit 25 Terawattstunden pro Jahr am meisten Strom in der Schweiz. Die Axpo ist mit Abstand die grösste Stromerzeugerin der Schweiz, und deshalb ist es nicht per se erstaunlich, dass die Axpo die erste Firma ist, die hier den Rettungsschirm beantragt. Wichtig ist mir an dieser Stelle zu betonen: Die Axpo hat den Rettungsschirm beantragt, es ist bis zum jetzigen Zeitpunkt noch kein Geld vom Bund zur Axpo geflossen. Das heisst, die Kreditlinie des Bundes wurde bisher nicht beansprucht.

Zu den Fragen 5, 6 und 8, da wird die Frage gestellt: Findet es der Regierungsrat richtig, dass die Axpo Risikoabsicherung bei der Schweizer Stimmbevölkerung respektive beim Bund sucht und nicht bei ihren Eigentümern? Ja, der Regierungsrat findet das so richtig. Seit März dieses Jahres gibt es eine Arbeitsgruppe zwischen der Baudirektion und der Finanzdirektion, die sich Gedanken zu dieser Thematik macht, Margin Calls und Rettungsschirm. Wir stehen auch in einem engen Austausch mit dem Kanton Aargau diesbezüglich. Wir haben alle Vor- und Nachteile schon im März dieses Jahres intensiv diskutiert, eruiert und abgewogen, und wir sind zum Schluss gekommen, dass kantonale Rettungsschirme rechtlich extrem schwierig umzusetzen wären, politisch extrem schwierig umzusetzen wären, auch technisch kaum machbar wären, und dass es ein sehr hohes Risiko gäbe, dass diese scheitern würde. Finanzdirektor Ernst Stocker und ich haben uns daher sehr engagiert auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass es eine nationale Lösung gibt, weil wir beide zur Überzeugung gelangt sind, dass eine kantonale Lösung nicht sinnvoll wäre respektive sehr, sehr hohe Risiken mit sich bringen würde. Die Gründe, warum eine kantonale Lösung für einen Rettungsschirm sehr, sehr schwierig sind, liegen darin, dass es darum geht, innerhalb von 48 Stunden für eine grosse Stromfirma Beträge, die grösser sind als 1 Milliarde Franken, bereitzustellen. Das ist im Kanton Zürich wegen des Finanzreferendums schlichtweg gar nicht möglich. Sie kennen die Referendumsfrist, sie beträgt 60 Tage. Wenn es pressiert, muss die Axpo Liquidität innert ungefähr 48 Stunden haben. Weiter wäre die Schaffung von Rettungsschirmen in neun unterschiedlichen Kantonen politisch sehr, sehr riskant gewesen, auch im internationalen Vergleich. Wenn wir uns anschauen, was im Ausland passiert ist: Es sind die Rettungsschirme immer auf nationaler Ebene beschlossen worden. Ich nenne Österreich, Deutschland, Frankreich, Schweden, Finnland, Tschechien und Dänemark, von diesen habe ich

Kenntnis. Alle diese Länder haben auf nationaler Ebene einen entsprechenden Rettungsschirm für eine oder mehrere Stromfirmen beschlossen. Auch aus dieser Sicht – das zeigt auch die Dimension dieses Problems – ist es sinnvoll, dass hier auch der Bund einspringt.

Zur Frage, ob in Zukunft noch weitere Mittel nötig sein werden: Aufgrund der extrem unsicheren Lage an den Märkten ist es kaum möglich, hier eine Aussage zu machen.

Zur Frage 7: Welche Forderungen stellt der Kanton Zürich als Miteigentümer an die Axpo, damit die Kreditlimite des Bundes nicht beansprucht werden muss? Das ist ganz klar, das haben wir schon sehr, sehr klar früh deutlich und klargemacht, dass das Risiko dieses frühzeitigen Stromverkaufs, also dieses Hedging mit dem Margining, das muss gemindert werden. Das heisst, es war auch unsere Erwartung, dass die Axpo keine neue solche Geschäfte macht, und die Axpo hat diese Massnahmen am Anfang dieses Jahres auch bereits umgesetzt und keine neuen Hedging-Verträge an der Börse mehr geschlossen, um die Liquidität zu schonen. Gleichzeitig hat sie auch ihre Investitionen grundsätzlich zurückgefahren, um die eigene Liquidität zu schonen. Sie hat sehr grosse Mengen an Fremdkapital beschafft, sie hat also sehr viel unternommen, all das, was wir auch als Eigentümer verlangt haben.

Frage 9: Sind die aktuellen Eigentümer- und Governance-Strukturen noch geeignet, um auf die Herausforderungen in einem kompetitiven und volatilen Marktumfeld zu reagieren? Nun gut, hier läuft ja bereits einiges. Seit 2016 läuft das Projekt «Eigentümerinteressen klären». Zwei Schritte wurden bereits abgeschlossen. Der eine Schritt ist die Entpolitisierung und die Verkleinerung des Verwaltungsrates der Axpo. Seither gibt es zweimal jährlich ein Treffen zwischen allen Eignern und Teilen des Axpo-Verwaltungsrates und der Axpo-Führung zum Austausch zu aktuellen Themen. Ein weiteres Teilprojekt kennen Sie auch, das ist die Ablösung des NOK-Gründungsvertrages (*Nordostschweizerische Kraftwerke AG*) mit gemeinsamer eigener Strategie. Dieses Geschäft ist im Kantonsrat noch hängig (*Vorlage 5813*). Besten Dank.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Herzlichen Dank, Herr Baudirektor, für die Antworten, die Sie auf unsere dringliche Interpellation gegeben haben. Ich kann Sie beruhigen: Wir kennen den Unterschied zwischen Markt und Monopol, und wir können auch ein Profitabilitätsproblem von einem Liquiditätsproblem unterscheiden. Wir sind uns also sehr bewusst, dass die Situation an den Strommärkten ausserordentlich ist und dass der Liquiditätsengpass der Axpo auf die umfassenden Sicherheiten zurückzuführen ist, welche die Strombörse fordern, Sie haben das ausgeführt. Und wir sind uns auch bewusst, dass die Chancen gut stehen, dass die hinterlegten Sicherheiten wieder vollumfänglich an die Axpo zurückfliessen werden. Genau aus diesem Grund können wir nicht verstehen, dass der Kanton Zürich als grösster Eigentümer es zulässt, dass sich die Axpo unter den Rettungsschirm des Bundes flüchtet, anstatt mit dem Eigentümer eigenverantwortlich und selbstbestimmt eine Lösung zu suchen. Wie oft haben wir nicht zuletzt in diesem Rat moniert, dass private Unternehmen risikoreich geschäften und, wenn es dann

brenzlich wird, den Staat um Hilfe rufen. Und jetzt ist also der stolze Wirtschaftskanton Zürich nicht in der Lage, die Axpo zusammen mit den Miteigentümern zu unterstützen, sondern mutet den jurassischen und Tessiner Steuerzahlenden zu, die Risikoabsicherung im gleichen Umfang mitzutragen wie die Steuerzahlenden aus den Trägerkantonen, die jahrelang von den Dividenden der Axpo profitiert haben. Das finden wir peinlich und auch ein denkbar schlechtes Signal.

Von wem kann man denn in Zukunft noch risikoadäquates Geschäften und Eigenverantwortung verlangen, wenn der Bund jetzt sogar kantonale Betriebe retten muss? Statt seine Eigentümerversantwortung wahrzunehmen, nimmt der Kanton Zürich in Kauf, dass künftig die Bundespolitik die Geschicke der Axpo massgeblich mitbestimmt. Denn es ist absehbar, dass dieser Rettungsschirm zum Anlass genommen wird, um den Energiemarkt noch stärker zu regulieren. Und das Argument, man habe nicht rasch genug handeln können oder man hätte nicht rasch genug handeln können, weil die Rechtslage zu komplex sei, das scheint uns auch etwas fadenscheinig. Dass die Axpo durch ihre Geschäftstätigkeit mit internationaler Ausrichtung zahlreichen Risiken ausgesetzt ist und mit der zunehmenden Strommarktliberalisierung auch die finanziellen Risiken für die Aktionäre zunehmen, das hat der Regierungsrat bereits 2016 in seiner Eigentümerstrategie festgestellt. Die Diversifikation der Axpo in den Dienstleistungsbereich und namentlich in den Handel hat er in seiner Eigentümerstrategie nicht nur mitgetragen, sondern explizit begrüsst. Und dass er trotz zahlreicher Anfragen und Vorstösse aus dem Kantonsrat bis heute offensichtlich keinen Notfallplan entwickelt hat, zusammen mit den Eigentümern, ist unverständlich. Der Kanton Zürich ist Alleineigentümer einer systemrelevanten Bank (*Zürcher Kantonalbank*), der er eine umfassende Staatsgarantie gibt. Bei Ausbruch der Covid-Krise (*Corona-Pandemie*) konnten innert weniger Wochen Kreditausfallgarantien von mehreren hundert Millionen Franken geleistet werden. Und bei der Axpo nun sehen sich der Kanton Zürich und seine Miteigentümer nicht imstande, innert nützlicher Frist wenigstens einen Teil der Risikoabsicherung zu übernehmen? Das finden wir doch eher ein Armutszeugnis.

Wir erwarten, dass der Regierungsrat in Bezug auf die Axpo unverzüglich eine Risikoabschätzung und Notfallplanung an die Hand nimmt. Und wenn er zum Schluss kommen sollte, dass der Kanton Zürich die mit der Axpo-Beteiligung verbundenen Risiken nicht tragen kann oder will, dann soll er sich im Rahmen der Eigentümerstrategie für eine Anpassung des Geschäftsmodells oder für eine Veräusserung der Beteiligung starkmachen. Nichtstun ist für uns keine Option.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Schriftliche Vorbereitungen sind bei einer dringlichen Interpellation oder bei der Beantwortung der dringlichen Interpellation hier im Rat eigentlich eher hinderlich. Denn man hat sich auf etwas vorbereitet und manchmal kommt es anders als gedacht. Die Antworten des Regierungsrates könnten durchaus überraschen, aber heute hat die Regierung nicht wirklich überrascht, hielt sich der Baudirektor doch mehrheitlich an den Foliensatz der Axpo, der auch am EKZ-Parlamentariertag (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) vom 4. Oktober 2022 vorgestellt wurde.

Die Information der eigenen Kantone nach der Beantwortung von Frage 1 bekommt die Note «mangelhaft», denn es wurden ziemlich alle überrascht und man hat aus den Medien erfahren, wie es denn wirklich läuft. Hier bin ich als Ex-Swissair-Mitarbeiter (*Schweizer Fluggesellschaft*) ein gebranntes Kind und fühle mich ein bisschen an die Hunter-Strategie der Swissair erinnert. Auch da war alles in Ordnung, auch da hat man die Sache immer heruntergespielt, und am Schluss war es dann vorbei mit lustig.

Zur Energieversorgung: Unter dem Titel «Rettungsschirm» haben die eidgenössischen Räte einen Finanzrahmen zur Unterstützung systemkritischer Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft im Falle von Liquiditätsproblemen beschlossen; dies in der Herbstsession mit insgesamt 10 Milliarden Schweizer Franken, davon 4 Milliarden Schweizer Franken zuhanden der Axpo. Und diese Axpo hat ja, bevor dieser Beschluss in den eidgenössischen Räten getätigt wurde, schon angefragt, damit die Liquidität so sichergestellt oder ihnen diese Garantie gegeben wird.

Die Frage, ob der Bund anstelle der Eigentümerkantone einspringen soll, ist somit auch beantwortet. Schon bevor der Rettungsschirm auf Bundesebene eingeführt, offiziell eingeführt wurde, wurde das Geld ja schon abgeholt oder beansprucht; eben nicht beansprucht, sondern nur bereitgestellt. Bei der Abhängigkeit der Axpo von Kreditlinien, um die Handelstätigkeit an der Börse abzusichern, stellt sich natürlich die Frage der produzierten, der verkauften, der versprochenen und finanziell garantierten elektrischen Leistung. Wenn man schaut, wie die Axpo aufgestellt ist, dann hat sie Tätigkeiten in Produktion und Vertrieb in über 30 Ländern. Und in über 40 Ländern ist sie im Handel tätig, das heisst, der Handel ist da ein bisschen übervertreten. Die Zukunft des Handelsgeschäfts, vor allem die Tätigkeiten von Axpo-Töchtern in London, New York und Singapur, ist mehr als zu hinterfragen. Hier stimmt es natürlich schon, dass bei allen Börsengeschäften dieses Hedging mit finanziellen Mitteln unterlegt werden muss und das Risiko auch im Inland anfällt. Das ist so, aber man darf sich schon fragen: Ist es richtig, dass die Axpo weltweit im Handel tätig ist und sozusagen nur in Europa in Produktion und Vertrieb? Man könnte hier die Frage stellen, ob das Geschäft nicht auf ein europäisches Geschäft zu reduzieren sei, um die Risiken somit auch zu minimieren.

Somit kommen wir zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit: In einer Mangellage in Europa ist es wichtig, dass diese Märkte spielen. Und dass die Versorgungssicherheit der Schweiz nicht einfach losgelöst von den europäischen Mitspielern abgesichert werden kann, ist auch klar. Hier möchte ich sagen: Wie weiter mit 21 Tochtergesellschaften und dem Handelsgeschäft? Wie weiter mit der Führung? Denn wenn man nur beruhigt und schlussendlich nicht das Vertrauen zurückgewinnt, dann ist die Position von CEO Christoph Brand zu hinterfragen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Wir beschäftigen uns heute mit der Axpo. Die Axpo ist ein wichtiges, grosses, strategisches Investment des Kantons Zürich. Man sollte, wenn man über die Axpo diskutiert, zwei Sachen unterscheiden: die

inhärenten Risiken, die der Strommarkt mit sich bringt, und spekulative Geschäftspraktiken.

Der Strommarkt ist ein Terminmarkt. Das ist auch nicht a priori schlecht, sonst würden nämlich die Strompreise jetzt noch wesentlich verrückter spielen. Die Schweiz hat einen teilliberalisierten Strommarkt. Wir Linken haben zusammen mit den Gewerkschaften ja immer jedwelche Marktliberalisierung im Strommarkt bekämpft. Vor 20 Jahren kam das EMG (*Elektrizitätsmarktgesetz*) zur Abstimmung, es forderte eine Vollliberalisierung. Dank uns wurde das abgelehnt, und ich denke, heute sind alle dankbar, denn sonst hätten jetzt auch die Kleinstkunden Probleme mit explodierenden Strompreisen. Nun ist es aber so gekommen, dass es eben doch eine Teilliberalisierung gab. Und mit dieser müht sich eben die Axpo ab. Wie Martin Neukom erwähnt hat, hat die Axpo nur mit den CKW direktgebundene Kunden. Wie es zur Trennung von den Kantonswerken kam, die ja auch direkte Eigentümer der Axpo sind, das war eine Wechselzeitgeschichte: Zuerst wollte die Axpo nicht, da waren nämlich die Strompreise an der Börse gut. Dann wollten die Kantonswerke wie die EKZ nicht mehr, und jetzt haben beide verloren. Die Liberalisierung hat da nicht nur goldene Früchte getragen. Also ist die Situation für die Axpo jetzt so: Sie muss den Strom verkaufen. Das kann man entweder an der Börse machen oder over the counter. Beides hat seine eigenen Risiken: Bei der Börse hat man das Risiko, dass es dann plötzlich sehr grosse Liquiditätsforderung geben kann, bei over the counter kann es sein, dass die Gegenpartei bankrottgeht und man dann plötzlich seinen Strom nicht mehr verkaufen kann, den man eigentlich verkaufen wollte. Auch für den Gang an die Börse gibt es gute Gründe.

Solche Probleme stellen sich einfach, wenn man es mit einem dysfunktionalen Markt zu tun hat, und wir haben es zurzeit mit einem dysfunktionalen Strommarkt zu tun. Das führt zu absurden Situationen, das führt zu einem absurden Liquiditätsbedarf. Und da muss man sich schon fragen, als Politik müssen wir uns fragen: Ist der heutige Strommarkt so richtig aufgestellt? Ist er richtig aufgestellt für die Versorgung der Schweiz, für die Versorgung von Europa mit langfristigem, nachhaltigem Strom? Ich nehme an, diese Frage wird sich auch die EU stellen, und ich hoffe, dass dort auch bald Besserung in Sicht ist bezüglich des Liberalisierungsglaubens im Strommarkt und man wieder etwas zu Vernunft kommt.

Was wir hier in der Schweiz brauchen, ist eine Wiederannäherung von Produktion und Verbrauch. Das haben wir ja in einem dringlichen Postulat (*KR-Nr. 331/2022*) gefordert. Es ist auch eine Wiederannäherung der Politik mit diesen strategischen Beteiligungen, damit der Verwaltungsrat wieder politischer besetzt wird, das ist auch etwas, das wir mit einem dringlichen Postulat (*KR-Nr. 332/2022*) fordern.

Es geht darum, dass man kritisch auf die Geschäftspraktiken der Axpo schaut. Wir können ihr keinen Platz für ihre riskanten Anlagen in Übersee geben, wie eben erwähnt. Es kann nicht sein, dass kritische Sachen vermengt werden, Handelsgeschäfte in Übersee mit versorgungsrelevanten Tätigkeiten in der Schweiz. Wir müssen hier eine Trennung machen, und bei den Handelsgeschäften braucht es klare Limiten. Wir haben ein grosses Glück: Wir waren bei der NOK-Gründungsvertragsablösung unbequem. Wir haben nicht nur einfach genickt und

abgesegnet, deshalb haben wir dieses Geschäft noch im Kantonsrat, deshalb können wir darüber diskutieren. Und ich bin der Meinung: Wenn man jetzt die ganzen Entwicklungen der letzten Monate anschaut, dann braucht es hier Nachbesserungen. Es braucht Nachbesserungen bei der Eigentümerstrategie. Es braucht wahrscheinlich auch Nachbesserungen bei den Statuten, damit eben spekulative Geschäfte in Übersee strukturell nichts mehr mit der Kernversorgung der Schweiz zu tun haben. Das heisst, wir müssen jetzt als Kanton Zürich die Möglichkeit nutzen, wir müssen mit unseren Schwesterparteien in anderen Kantonen aktiv werden, damit hier korrigiert wird, damit die Axpo langfristig aufgestellt wird für eine gesunde Versorgung der Schweiz mit guter, einheimischer Energie und diese nicht am Markt verspekuliert wird. Wir haben heute, so glaube ich, eine gute Chance, das zu machen. Die Märkte werden weiter verrücktspielen, schauen wir, dass wir sie unter Kontrolle kriegen. Danke.

Franziska Barmettler (GLP, Zürich): Wir befinden uns in einer Krisensituation und es ist gut, dass der Bund so rasch handeln und einen Rettungsschirm für die Axpo aktivieren konnte. Es ist weiter wichtig, dass wir unsere Kapazitäten für das Krisenmanagement einsetzen können. Eine unkoordinierte Vorstossflut zu produzieren, wie dies etwa die unheilige Allianz von SVP und SP getan hat, ist hingegen wenig sinnvoll. Jetzt hat jede Krise ja auch etwas Gutes, und nutzen wir doch jetzt die Chance, Klarheit herzustellen.

Für die Grünliberalen ist es zentral, dass wir lernen und nun nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir begrüssen es sehr, dass der Regierungsrat die externe Prüfung nun einleitet und Transparenz schaffen will. Diese ist nötig, damit wieder Vertrauen hergestellt werden kann. In diesem Bericht soll unter anderem aufgearbeitet werden, wie es zu einem Liquiditätsengpass kommen konnte. Weitere für die GLP zentrale Aspekte sind eine Untersuchung der Handelsrisiken sowie die Vereinbarkeit des Handels mit dem öffentlichen Auftrag. Aber auch die Risiken im Zusammenhang mit den Kernkraftwerken im Besitz der Axpo gilt es endlich offen zu legen. Basierend auf dem Bericht, ist der Kanton Zürich als Eigentümer gefordert, allenfalls strategische und operative Konsequenzen zu ziehen.

Schliesslich wäre aber bei der ganzen Sache auch etwas Selbstkritik durchaus angezeigt. Das haben wir bei den Ausführungen des Regierungsrates schon etwas vermisst. Haben wir unsere Verantwortung als Eigner genügend wahrgenommen? Haben wir uns mit der Risikoabsicherung beschäftigt und diese auf zu starke Preisaufschläge geprüft? Sind wir uns im Klaren, welchen Auftrag wir der Axpo geben wollen? Es wäre schön, diese Fragen nun gemeinsam anzugehen, auch wenn bald Wahlen bevorstehen.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Die Interpellation zeigt: Die FDP, die SVP und die Mitte wirken ein bisschen nervös. Sie greifen in der Energiepolitik gegenwärtig nach jedem Strohalm, um von den echten Problemen und den wahren Ursachen unserer Krise abzulenken. Denn sie wissen, dass sie, die jahrzehntelang

die Energiepolitik bestimmt haben und es auf Bundesebene immer noch tun, zutiefst an den gegenwärtigen Problemen beteiligt sind. Sie fragen deshalb nicht etwa nach den energiepolitischen Zusammenhängen, die überhaupt möglich machten, dass die Axpo eine Kreditlinie von 4 Milliarden beantragen mussten. Nein, sie fragen lieber danach, warum die Regierung am 24. August 2022, zwei Wochen davor, noch nichts von dem Antrag wusste beziehungsweise wissen konnte. Und ich frage Sie: Was nützt das der Bevölkerung? Was nützt das der Energieversorgung, wenn Sie der Regierung falsche Vorwürfe machen? Aber das Interessante ist, geschätzte Bürgerliche, Sie entziehen mit Ihren Voten der gegenwärtigen Regierung das Vertrauen. Das ist die Regierung, in der Sie selber die Mehrheit stellen, und ich denke, das sollten sich die Wählerinnen und Wähler bei den nächsten Wahlen doch mal noch merken.

Man kann am Konstrukt der heutigen Axpo viel kritisieren. Am problematischsten ist aber, dass die Axpo, anders als die anderen Stromproduzentinnen in der Schweiz, keine festen Abnehmerinnen hat. Sie muss den Strom auf dem Markt verkaufen und nicht mehr wie einst an die eigenen Kantone und deren Werke. Das hat uns in die paradoxe Situation geführt, dass der Kanton Zürich zwar zu 36 Prozent an einem Stromkonzern beteiligt ist, aber sein eigenes Versorgungsunternehmen, die EKZ, den Strom woanders einkauft. Dieses Problem hat einen Namen und hat einen Urheber: Es heisst «Teilliberalisierung des Strommarktes» und ist ein zentrales Element der bürgerlichen Strompolitik. Dadurch haben wir sehr viel aus unseren Händen gegeben. Die Bürgerlichen haben mit der Teilliberalisierung für einen Investitionsstau im Inland gesorgt, weil grosse Investitionen bei den sehr volatilen Energiepreisen auf einmal zu riskant geworden sind. Das Resultat sehen wir heute. Wir sind beim Strom inzwischen von Importen abhängig, und das rächt sich genau dann, wenn den Deutschen das Gas für die Stromproduktion ausgeht und ein Grossteil der französischen AKW in Revision ist.

Der Markt mag ja einiges regeln, aber nicht in der Krise. Da versagen manchmal die Märkte, und genau dieses Risiko hätten wir bei der Grundversorgung mit Energie nie eingehen dürfen. Wie hat sich die Axpo, die erst noch an gefährlichen und finanziellen hochriskanten AKW beteiligt ist, denn abgesichert? Mit dem Handelsgeschäft, das wissen wir alle. Darum wundert es mich, dass die Bürgerlichen sich hier jetzt die Augen reiben und die Regierung fragen, wie sie dieses Handelsgeschäft beurteilt. 12 Milliarden Franken hat die Axpo im abgeschlossenen Geschäftsjahr umgesetzt, das ist fünfmal so viel wie mit dem selber produzierten Strom. Wir sehen also: Nicht etwa der Verkauf, geschätzte SP, von Wasserkraftwerken ins Ausland ist das eigentliche Problem, sondern das Klumpenrisiko durch die Axpo Solution, auf das übrigens Hans-Peter Amrein immer wieder, und zwar spätestens seit 2017, aufmerksam gemacht hat. Das Resultat dieses Klumpenrisikos sind jetzt genau die 4 Milliarden Franken des Rettungsschirms durch den Bund. Ja, geschätzte Bürgerliche, Gewinn und Risiko, das sind eben Zwillinge, und um genau dieses Risiko zu mindern, haben wir Grünen zusammen mit den meisten Fraktionen im Postulat 331/2022 verlangt, dass die EKZ wieder primär von der Axpo erneuerbaren Strom beziehen soll. Dass die FDP nicht bei

den Unterzeichnenden ist, ist bezeichnend, aber wenig überraschend. Es geht darum, einen stabilen Absatz für den Axpo-Strom wiederherzustellen. Das Handelsgeschäft der Axpo ist ja kaum von öffentlichem Interesse. Im öffentlichen Interesse hingegen sind ein klarer Versorgungsauftrag für die Axpo, der Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion im Inland und für uns Grüne selbstverständlich der Atomausstieg. Daran müssen wir jetzt arbeiten. Die Krise ist die Zeit für eine Wende in der Axpo-Politik.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Besten Dank, Herr Baudirektor für die ausführliche Beantwortung der Fragen. Ich habe die dringliche Interpellation mitunterzeichnet, weil uns die Axpo Bauchschmerzen bereitet, und dies nicht zum ersten Mal. Nein, dies hat sie immer wieder und dem Kantonsrat wurde dann jeweils vom Regierungsrat ein Beruhigungsmittel verabreicht, mit schönen beschwichtigenden Worten. Ich erinnere mich noch gut an zwei Interpellationen im Jahre 2015: «Finanzielles Grossrisiko Axpo?» (KR-Nr. 105/2015) von Robert Brunner (Altkantonsrat) oder «Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der Axpo und entsprechende Risikotreiber» (KR-Nr. 212/2015) von Hanspeter Amrein. Das waren damals die Titel und es ging um Milliardenabschreiber der Axpo infolge Wertberichtigung von kumulierten 3 Milliarden Franken wegen zu tiefer Strompreise. Wir haben damals intensiv diskutiert, wie gefährlich Marktverwerfungen sein können. Versprochen wurde uns vom Verwaltungsrat der Axpo Besserung mit einer strategischen Neuausrichtung. Und unter der Federführung des Kantons Zürich wurde versprochen, die Eigentümerinteressen mit der neuen Eignerstrategie zu klären. Wir sind nicht nervös, Herr Forrer, wir Interpellanten sind einfach schon länger im Rat und wir möchten Verantwortung übernehmen. Umgesetzt wurde nämlich in der Zwischenzeit nur die Entpolitisierung des Verwaltungsrates, ein grober Fehler, wie sich heute herausstellt.

Auch heute hören wir beschwichtigende Worte. Hat der Regierungsrat die Situation falsch eingeschätzt? Aus Sicht der Mitte nimmt Herr Neukom die Situation auf jeden Fall auf die zu leichte Schulter. Immerhin, was das Geschäftsmodell und das Risikomanagement betrifft, wird nun eine externe Prüfung der Geschäftsführung der Axpo angestrebt. Das ist zu begrüßen. Wir haben auch gehört, dass jetzt eine Arbeitsgruppe der Finanzdirektion und der Baudirektion ihre Arbeit aufnimmt. Das ist doch ein wenig beruhigend. Als Miteigentümer der Axpo hat der Kanton Zürich eine wichtige Verantwortung. Diese Verantwortung kann nicht einfach auf den Verwaltungsrat abgeschoben werden, und halbjährliche Treffen sind einfach nicht genug. Herr Neukom ist hier gefordert, die Interessen des Kantons Zürich stärker wahrzunehmen. Der Rettungsschirm des Bundes ist wahrscheinlich unausweichlich gewesen in der jetzigen Situation. Nichtsdestotrotz müssen wir unsere politische Kontrolle über die Axpo verbessern und uns den dringenden Fragen stellen zu Versorgungssicherheit, Stärkung des Axpo-Konzerns in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld und die finanziellen Risiken für den Kanton Zürich. Wir dürfen uns diesmal nicht mit einfachen Antworten zufriedengeben, sondern wir müssen dranbleiben.

Die Mitte wird zusammen mit der Axpo-Allianz – das ist keine unheilige Allianz, liebe GLP, sondern eine wichtige Allianz – ihre Verantwortung wahrnehmen. Mit der Vorlage 5813 und den beiden dringlichen Postulaten, wie von Rosmarie Joss schon erwähnt, wird diese Möglichkeit geboten. Mit der Ablösung des NOK-Gründungsvertrags müssen wir die richtigen Korrekturen vornehmen, damit die Axpo uns nicht nochmals oder nicht immer wieder zu so starken Bauchschmerzen führt. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Einen Schirm über jemanden zu halten, der ohnehin schon bis auf die Knochen nass ist, kommt höchstens Komikern in den Sinn. Tragisch wird eine solche Hilfeleistung jedoch, wenn es sich um einen Konzern handelt, den man mit Steuergeldern aus dem Wasser ziehen will. Zu lachen gibt es also beim Fall Axpo tatsächlich nicht viel, denn unsere Versorgung mit Strom ist systemrelevant, und zwar für das ganze Land ebenso wie für uns. Ist eine sichere Stromversorgung nicht mehr gewährleistet, betrifft dies also auch den wirtschaftsstärksten Kanton. Der Fall Axpo zeigt uns jetzt zweierlei klar und deutlich auf:

Erstens: Systemrelevante Einrichtungen gehören unter die Kontrolle der Öffentlichkeit, «entweder – oder» gilt auch für die Idee der unternehmerischen Freiheit. Auch wenn der Baudirektor heute den Mittelbedarf der Axpo mit Liquiditätsproblemen und Sicherheitsleistungen begründet, kann es einfach nicht angehen, dass ein Konzern sofort unter die staatlichen Fittiche watschelt, wenn er ins Taumeln gerät.

Zweitens: Der Bund und vor allem wir als Kanton haben es verschlafen, die richtigen Rahmenbedingungen für ein systemrelevantes Unternehmen zu setzen. Bessere Aufsicht und mehr Einflussmöglichkeiten sind offenbar dringend nötig. Die Interpellanten fragen: Sind wir wie ein verantwortungsvoller Miteigentümer der Axpo? Die Antwort ist ebenso klar wie kurz: Nein, das sind wir nicht. Hinzufügen könnte man «zumindest nicht so, wie wir jetzt aufgestellt sind». Und dummerweise sind wir an der verfahrenen Situation nicht ganz unschuldig. Denn wir waren in den letzten Jahren unfähig, eine einheimische Energieversorgung sicherzustellen. Und das wiederum veranlasste die Axpo dazu, in ausländische Produktionsanlagen zu investieren. Resultat: Die Axpo wurde von einem Kraftwerk- und Netzbetreiber zu einem Energiehändler. Wir schauten zu und glaubten, die unsichtbare Hand von Adam Smith (*schottischer Philosoph, Begründer der klassischen Nationalökonomie*) werde es dann schon richten. Aber weil die Selbststeuerung der Wirtschaft über Angebot und Nachfrage auf dem Markt nicht funktionierte, muss nun der Bund helfen, und das ist ein Skandal. Denn wir Zürcherinnen und Zürcher sowie die Steuerzahlenden acht weiterer Kantone sind die Eigentümer und haben deshalb auch für Probleme und Unterlassungen einzustehen, ganz so wie andere Eigentümerinnen und Aktionäre von Unternehmungen. Jetzt reaktionsschnell mit dem Finger auf unsere Regierung zu zeigen, ist trotzdem etwas billig. Denn obwohl in der Verantwortung stehend, sind ihr nicht alle Versäumnisse und Fehleinschätzung allein anzulasten. Wir als Parlament sitzen im genau gleichen Boot. Und wenn wir aus Schuldzuweisungen nicht herauskommen und

alle ans Ruder wollen, werden bestimmt alle nass. Darum ist jetzt kühles Blut gefragt, und wir sollten uns fragen, was für eine sichere, ausreichende und vorwiegend aus einheimischen Quellen bestehende Stromversorgung unternommen werden muss. Dabei kristallisieren sich drei vordringliche Handlungsbereiche heraus, der erste betrifft die Ausgestaltung von Aktionärsbindungsvertrag und Eigentümerstrategie der Axpo: Bei der anstehenden Ablösung des NOK-Gründungsvertrags steht uns ein erster Hebel zur Verfügung. Der zweite dringende Handlungsbedarf ist bei der strategischen Kontrolle über die Axpo auszumachen. Es führt kein Weg daran vorbei, dass so schnell wie möglich wieder Vertretungen des Kantons und der EKZ im Axpo-Verwaltungsrat nicht nur durch fachlich ausgewiesene, sondern auch politisch kontrollierte Vertretungen wahrgenommen werden. Die Ankündigung des Baudirektors, zusammen mit dem Kanton Aargau eine Prüfung der Geschäftsführung der Axpo in die Wege zu leiten, begrüßen wir daher ausdrücklich. Und der dritte Handlungsbedarf stellt sich bei der Frage, welche Massnahmen zu ergreifen sind, damit die stromproduzierenden Unternehmen mit kantonaler Beteiligung Investitionen in erneuerbare Energie primär im Inland statt im Ausland tätigen. Krisen haben nur dann einen Sinn, wenn sie auch Tief- und Langzeitschläfer aller Parteien aufwecken können. Der Standby-Modus genügt nicht, um ein Unternehmen vor dem Untergang zu bewahren. Eine sichere Stromversorgung ist systemrelevant. Daher muss das Volk wieder mehr in die Entscheidungen eingebunden werden.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Wir und auch die Axpo befinden sich im Moment mitten in einer Stromkrise, in einer Krise, die das Produkt eines künstlich geschaffenen Marktes ist. Und hier will ich gerade zu Beginn auch sagen: Zu meiner politischen Zeit war es die AL, die diese ganze Liberalisierung beziehungsweise schlussendlich Teilliberalisierung auch von Anfang an bekämpft hat. Nun ja, die Teilliberalisierung ist gekommen, zumindest für Verbraucher über 10'000 – oder 100'000? – Kilowattstunden. Damit kam der Axpo ein Teil ihrer Aufgabe beziehungsweise ihrer Abnehmer abhandeln. Sie suchte, um hier ein bisschen geschichtliche Aufarbeitung zu betreiben, ausgestattet mit einer Staatsgarantie – und die Staatsgarantie ist hier wieder der Grund, warum wir das jetzt diskutieren – neue Tätigkeitsfelder. Und wo fand sie diese? Diese fand sie im Trading, in einem Hochrisikogeschäft. Das ist, wie wir vorhin gehört haben profitabel, solange es funktioniert, aber auch sehr risikobehaftet, was man auch gut an ein paar Zahlen sehen kann beziehungsweise man auch schon vor einem Jahr hätte sehen können. Denn bereits im September 2021 hielt die Axpo Terminkontrakte von 50 Millionen und damit zwölfmal so viele wie im Vorjahr. Und dass die Axpo immer grösser wurde, darauf haben wir in diesem Parlament auch schon aufmerksam gemacht. Zwischen 2015 und 2021 verdoppelte sich der Personalbestand. Als ich das gelesen habe – es war mir vorher auch nicht bewusst –, fühlte ich mich ein bisschen an die Finanzkrise 2008 erinnert, als man in «Inside Paradeplatz» (*Online-Medium*), um hier gleich auch die Quelle anzugeben, gelesen hat, dass hier ja üppige Boni gezahlt werden, in 15 Fällen über 1 Million Franken Boni. Und da

fragt man sich natürlich schon: Kann denn das gut gehen? Kann eine Axpo Trading Solutions, kann dieses Geschäft, das mit solch hohen Boni operiert, auf Dauer gut gehen?

Nun ja, für uns ist hier einfach ein systemisches Problem vorhanden beziehungsweise das System ist das Problem. Die Teilliberalisierung ist das Problem. Die Axpo ist hier mitten drin, segelt hart am Wind, und hier muss für uns auch angesetzt werden. Wenn wir gerade beim Segeln sind: Ja, der Regierungsrat gehört hier an Bord, ans Steuer. Wir fragen uns: War er zu weit weg? Ist ihm bewusst gewesen, was hier genau abläuft, dass die Axpo jetzt so tief drinsteckt, dass hier offenbar wirklich die Bilanzen explodieren? Oder kam das, so wie es uns allen scheint, ziemlich überraschend? Uns würde es nicht wundern. Der Regierungsrat selbst ist ja allein schon vielbeschäftigt. Und dass er nicht mal im Verwaltungsrat drin hockt, nun ja, dass das dann ziemlich schnell gehen kann, das ist uns allen bewusst. Übrigens ist es für uns, um das auch gleich noch zu erwähnen, dann eher Nebensache oder Nebengeplänkel, wer denn nun die Staatsgarantie geleistet hat, ob der Bund oder die Kantone. Das ist schlussendlich kein Problem der Eigentümer, sondern es ist ein Problem des Systems. Denn schlussendlich haben wir hier einen freien Markt, der eben nicht frei ist, sondern systemrelevant. Die Grundversorgung muss gewährleistet werden und wir müssen jetzt quasi jene retten, die auf dem freien Markt agieren, die sind jetzt hier in den grössten Schwierigkeiten. Daher ist auch klar, wohin der Weg jetzt gehen muss, zusammen natürlich mit der Axpo. Es braucht mehr Kontrolle. Man muss jetzt auch der Axpo mehr auf die Finger schauen und es braucht wieder mehr Kontrolle und mehr Steuerung in der heutigen Zeit für die Energiewende und so weiter. So können wir nicht weiter verfahren und da wiederhole ich jetzt nochmals unsere Grundforderungen: Ja, beim System, hier muss dringend genauer hingeschaut werden. Der Regierungsrat muss auch wieder näher dran sein, er gehört in den Verwaltungsrat. Wir schauen, wie es weitergeht. Danke.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Die durch die Interpellanten gestellte Frage lautet: «Rettungsschirm Axpo: Ist der Kanton Zürich ein verantwortungsvoller Eigentümer?» Nein, geschätzte Damen und Herren und hoch verehrte Interpellanten, der Kanton Zürich und der Regierungsrat, wie auch die grosse Mehrheit von Ihnen, vertreten durch fachlich hochqualifizierte Mitglieder in der AWU, der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, waren, was die Axpo betrifft, keine verantwortungsvollen Eigentümer. Sie haben zugeschaut – oder waren Sie blind? –, solange es gut lief. Und jetzt, wo es scheinbar nicht mehr so gut läuft, reichen Sie die vorliegende dringliche Interpellation ein. Ich zitiere aus der regierungsrätlichen Antwort auf meine Anfrage Nummer 160/2015 unter dem Titel «Die Axpo und ihre Handelsaktivitäten via die Axpo Trading»: «Der Energiehandel dient der Absicherung von offenen Positionen, zum Beispiel frühzeitiger Verkauf des erzeugten Stroms am Terminmarkt, und der kurzfristigen Bewirtschaftung des Portfolios am Spotmarkt. Zusätzlich wird das beim Axpo-Konzern vorhandene tiefgreifende Marktverständnis für den Eigenhandel und den Bereich Origination, massgeschneiderte Dienstleistungen im Handelsbereich für

Kundinnen und Kunden, genützt. Eigenhandel und Origination tragen einen wesentlichen Beitrag an den Unternehmenserfolg bei.»

In der Antwort auf die Interpellation 212/2015 Amrein/Liebi (*Altkantonsrat Roger Liebi*) unter dem Titel «Neuausrichtung der Geschäftstätigkeit der Axpo und entsprechender Risikotreiber» und im Besonderen die Handelsaktivitäten der Axpo Trading AG und anderer Töchter in Strom, Heizöl, Erdgas, Erdöl, Frachtraten, Biomasse, Emissions-, Grünen- und Energie-Effizienz-Emissionszertifikaten sticht folgende Antwort der Regierung ins Auge, ich zitiere wieder: «Die Axpo Holding ist eine privatrechtliche AG. Die Haftung des Kantons als Aktionär der Axpo Holding beschränkt sich nach heutiger Rechtslage auf seinen Anteil am Aktienkapital.» Und weiter: «Der Kanton kann nicht zu einer zusätzlichen Kapitaleinlage verpflichtet werden. Es besteht keine Staatsgarantie für die Axpo Holding, entsprechend stellt die Beteiligung in der Axpo Holding kein Klumpenrisiko für den Kanton dar. Für die Strategie der Axpo Holding ist in erster Linie der Verwaltungsrat verantwortlich.» Und weiter: «Der Axpo-Konzern verfügt über einen ausgezeichneten Leistungsausweis in den Sparten Energiehandel und Origination sowie gesamtheitliches Risikomanagement» et cetera, et cetera. Auf die Anfrage 247/2017 Amrein/Daniel Frei (*Altkantonsrat*) erklärt die Regierung, ich zitiere wieder: «Die Axpo verfügt über einen gut entwickelten Risikoprozess, der stetig weiterentwickelt wird. Mit Dr. rer. pol. Peter Kreuzberg haben der Kanton und die EKZ einen ausgewiesenen Experten in Sachen Handel und Risikomanagement im Energiebereich als Verwaltungsrat der Axpo Holding mandatiert.» Dazu eine Anmerkung: Herr Kreuzberg hat seine Kenntnisse unter anderem bei Enron Europa (*internationaler Energiekonzern*) als Direktor Handel strukturierte Produkte erworben. Und auf die Anfrage Amrein/Ruedi Lais (*Altkantonsrat*) Kantonsratsnummer 252/2017, Risiken einer Wachstumsstrategie auf die geplante neue Risikogruppenstruktur der Axpo Holding» antwortete der Regierungsrat mit Verweis auf das OR (*Obligationenrecht*): «Die Oberleitung der Axpo Holding und damit die Verantwortung für die Strategie sowie die Risikobeurteilung sind eine unübertragbare Aufgabe des Verwaltungsrates. Der Regierungsrat erwartet, dass der neue Verwaltungsrat der Axpo Holding seinen Pflichten nachkommt und die Aktionäre umfassend und zeitnah über wesentliche Geschäfte und Vorfälle informiert.» Und weiter mit Dr. Peter Kreuzberg befindet sich darunter ein ausgewiesener Experte in Sachen Handel und Risikomanagement im Energiebereich.» So viel zu meinem bisherigen Vorstössen in dieser Sache, und nach den nächsten Rednern werde ich mich noch auf die verschiedenen Voten, unter anderem auch die der Fraktionschefin der Mitte und des Regierungsrates, konzentrieren.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Als ich realisierte, was bei der Axpo abläuft, was an frühkapitalistischem Irrsinn bei der Axpo abläuft, habe ich mir überlegt, Sozialist zu werden. Danach ist mir aber klar geworden, dass es sich ja um einen Betrieb im Staatseigentum handelt. Also habe ich das Projekt «Sozialismus» wieder an den Nagel gehängt. Was bei der Axpo abläuft, ist für die Einwohner der

Schweiz meines Erachtens ein absoluter Horror. Es kann nicht sein, was hier passiert: Die Axpo hat ihr Schwergewicht völlig von der Stromproduktion weg verlagert. Die Versorgungssicherheit der Bevölkerung geht der Axpo, wie Sie sinngemäss ausgedrückt hat, am Arsch vorbei. Es geht nur noch darum, eine riesige, grössenwahnsinnige Handelsplattform zu betreiben. Die Termingeschäfte der Handelsplattform der Axpo umfassen Termingeschäfte mit einem Volumen von circa 60 Milliarden, das ist fast so viel wie der gesamte Bundeshaushalt der Schweiz. Das kann es nicht sein.

Wesentlich wäre, dass man wieder die eigene Stromproduktion stärkt und fördert. Wesentlich für den Einwohner der Schweiz ist auch, dass ein Konzern, der Handel im Strombereich treibt, einkauft, was nötig ist, um zusätzlich zur Eigenproduktion die Stromversorgung zu sichern. Das sind nur etwa 10 Prozent, die da wahrscheinlich fehlen, natürlich mit Schwankungen Sommer und Winter, und den Rest sollte man aus den eigenen Produktionen beziehen. Von der eigenen Produktion bekommen wir praktisch gar nichts mehr, weil die Axpo unsere eigene Stromproduktion bereits auf Jahre hinaus verzockt, verspielt, verkauft hat. Das ist ein Horror und das führt zu den enormen Strompreisen. Es sind nicht unsere Stromproduzenten, die plötzlich zehnmals teurer produzieren, sondern es ist die Handelsplattform der Axpo, die uns diese Wahnsinnsstrompreise einbrockt. Sie hat den Schweizer Strom auf Jahre hinaus verkauft und muss jetzt zu teuersten Preisen einkaufen, damit wir einigermaßen über die Runden kommen.

So geht es nicht, und der Kanton Zürich hat hier eine Verantwortung als wesentlicher Aktionär, er sollte eingreifen. Und es sollte hier ein sachkundiger, aktiver Verwaltungsrat geschaffen werden, der wirklich eingreifen kann und eingreifen bereit ist. Von mir aus kann Herr Neukom in den Verwaltungsrat gehen oder noch lieber Herr Stocker (*Regierungspräsident Ernst Stocker*), der Finanzspezialist. Auf jeden Fall geht es so nicht weiter.

Ideal wäre, man würde die Stromproduktion und die Handelsplattform wieder in zwei Firmen aufspalten und die Axpo in der jetzigen Wahnsinnsform zerschlagen, damit wieder eine Absicherung der Stromversorgung der Schweiz erfolgen kann. So kann es nicht weitergehen. Ich hoffe, dass der Regierungsrat bereit ist, an einer Generalversammlung der Axpo – der Kanton Zürich hat auch mehr als 10 Prozent und somit die Möglichkeit, eine Generalversammlung zu verlangen – eingreift und entsprechende Massnahmen in die Wege leitet. Sonst ist das Ganze mit Millionengehältern an Tradern mit völligem Wahnsinn beim grössenwahnsinnigen Handel völlig verzockt. Das kann nicht das Ziel eines Staatskonzerns sein. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Alex Gantner (FDP, Maur): Wir sind tatsächlich in einer sehr anspruchsvollen Situation. Es gibt verschiedenste Baustellen. Diese wurden auch von verschiedenen Vorrednerinnen und Vorredner entsprechend erwähnt, da möchte ich nicht mehr im Detail darauf eingehen. Es ist sicher gut, dass nun zeitnah eine externe Prüfung aufgelegt worden ist. Das ist von Baudirektor Martin Neukom entsprechend skizziert worden, ergänzt worden auch mit zusätzlichen Fragen, angedeutet

von Kollegin Barmettler. Es gäbe sicher noch eine ganze Palette von weiteren Fragen, und eben auch die Selbstkritik gehört sicher dazu.

Meine Einschätzung ist die – und ich komme jetzt wirklich auch wieder auf das Thema des verantwortungsvollen Aktionärs zu sprechen, denn das ist eigentlich der Fokus dieser dringlichen Interpellation und das ist es jetzt alles etwas verwässert worden –, dass der Verwaltungsrat und eben auch die Aktionäre der Axpo – das ist eine privatrechtliche AG, einfach zur Erinnerung – in einem wirklich ganz entscheidenden Punkt die Hausaufgaben überhaupt nicht gemacht haben, und das ist die Gewährleistung der Finanzierung des Unternehmens zu jedem Zeitpunkt. Das Unternehmen kann man mit Fremdkapital finanzieren, das ist natürlich auch entsprechend getriggert worden. Aber dann war irgendwann einmal Ende der Fahnenstange, wie wir auch aus der Presse entnommen haben. Und wenn man Fremdkapital von Banken oder anderen Drittparteien nicht mehr aufreiben kann, dann geht es um die Bereitstellung von Eigenkapital. Und hier ist man an die Grenzen gestossen. Da gab es vor einigen Jahren auch eine Anfrage von mir (*KR-Nr. 312/2015*) betreffend das ganze Prozedere der Kapitalisierung der Axpo beziehungsweise auch der EKZ, das ist ein ganz langer Prozess. Aber das ist etwas, das ich Martin Neukom und dem Regierungsrat wirklich als Auftrag erteilen oder mit auf den Weg geben möchte: Die Kapitalisierung der Axpo und der EKZ muss vorbereitet werden, muss bereitstehen. Da braucht es vielleicht einen vorbehaltlichen Kreditbeschluss des Kantonsrates, der sogar einem Referendum untersteht, damit man wirklich innert diesen 48 Stunden, aus welchen Gründen auch immer – aus Liquiditätsgründen wie im jetzigen Fall, aber es könnten auch mal Profitabilitätsgründe sein, dass man auf einmal einen Riesenverlust erzielen muss in einem Handelsgeschäft oder sonst in einer unternehmerischen Aktivität – das Geld bereitstellen kann. Und dann wird eben allen klar, dem Kanton Zürich und den EKZ, wo wir alle ja beteiligt sind als Kantonsräte mit dem Kantonsrat beziehungsweise dann auch als Bevölkerung, in welchem Risiko wir eigentlich ständig stehen, wenn wir Eigentümer dieser Unternehmung sind, der Axpo und dann indirekt auch noch bei den EKZ, und dass wir diese Diskussion führen müssen, dass wir eigentlich hier als Aktionär im Risiko stehen, tagtäglich. Und es kann nicht sein, dass in einer Schönwetterperiode, wenn es gut läuft, Dividenden eingestrichen werden können, und wenn es dann schlecht läuft, irgendwie der Bund entsprechend zahlt. Da sind wir in der abschliessenden Verantwortung und müssen auch das Geld bereitstellen. Besten Dank.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Alle Energien hängen zusammen, und was wir hier jetzt erleben, entspringt keinem Zufall, das ist eigentlich alles so organisiert. Weshalb hat der Regierungsrat nicht in corpore und energisch gegen die Sprengung von Nordstream 1 und 2 durch die USA protestiert? (*Gemeint sind die durch Explosionen entstandenen Lecks in zwei Gaspipelines in der Ostsee. Die Urheberschaft ist nicht geklärt.*) Fehlt ihm schlicht der Mut, für die Interessen der Bevölkerung hinzustehen? Weshalb schweigen dazu die Massenmedien? Diese terroristische Attacke auf die Energieversorgung Deutschlands, Europas und somit auch der Schweiz verschärft die Energieknappheit definitiv und für längere Zeit.

Damit werden die Energiepreise ins Unermessliche steigen. Und die Einzigen, die davon wirtschaftlich profitieren, sind die USA. Weshalb schweigt dazu unsere Regierung? Weshalb verlangt die Regierung nicht Schadenersatz durch die USA? Danke.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Ich möchte nur eine kleine Anmerkung machen, nämlich zu dieser Forderung, die jetzt mehrmals vorgetragen wurden, dass die Produktion und das Netz oder der Verkauf von Strom wieder unter ein Dach müssen. Ich muss Ihnen sagen, ich hielte dies für einen grossen Fehler, denn letztlich ging es bei dieser Forderung um die Schaffung von regionalen Monopolen. Und solche Monopole helfen nicht gegen die Versorgungskrisen, wie wir sie jetzt beispielsweise erleben. Denn selbst wenn dem Kanton Zürich ja sämtlicher Axpo-Strom zur Verfügung stehen würde beziehungsweise unserem eigenen Kanton der ganze Strom zur Verfügung stehen würde, würde dies nicht unsere Versorgung im Kanton – vor allem nicht über das ganze Jahr hinweg – sichern. Der Kanton Zürich ist immer auch darauf angewiesen, dass wir Strom an Märkten beschaffen können, denn es gibt auch in der Energieversorgung keine Autarkie. Es gibt keine Autarkie in einer Wirtschaft und einer Gesellschaft, die wettbewerbsfähig bleiben und Wohlfahrt schaffen will. Zürich ist keine Insel. Und gerade diejenigen Parteien hier, die sich ja auch dafür rühmen, dass sie weltoffen sind, und die auch die europäische Integration befördern wollen, sollten sich überlegen, ob sie sich damit nicht etwas ins Bein schiessen, wenn sie solche Forderungen aufstellen. Es ist klar, der Markt wird immer wichtig bleiben. Wir können nicht alles selber tun und wir werden – ich persönlich zumindest werde – solchen Forderungen sicher nicht Unterstützung bieten. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: Was nun? Im Tages-Anzeiger vom 17. Oktober 2022 hat Herr Peter Siegenthaler, der frühere Chef der eidgenössischen Finanzverwaltung, sich zu Wort gemeldet und, denke ich, den Nagel auf den Kopf getroffen. Er stellt unter anderem Folgendes fest: «Die heutigen Eigentümer» – und das sind weitgehend die Kantone beziehungsweise ihre Politiker, also Sie – «sind ihrer Aufgabe als Eigentümer nicht voll gerecht geworden. Ihre Aufgabe müsste auch sein, einen steuernden Einfluss auf das Unternehmen zu nehmen. Offensichtlich wurde zu wenig Klarheit geschaffen, was eigentlich der Auftrag des Unternehmens ist. Wenn es nur um eine Gewinnmaximierung geht, also darum, den Eigentümern regelmässig möglichst hohe Dividenden zukommen zu lassen, bräuchte es den Staat nicht. Wenn es aber um die Versorgungssicherheit geht, hätte man genauer hinschauen müssen.» Und in die Zukunft gerichtet, stellt Siegenthaler fest: «Die wichtigste Aufgabe, die bevorsteht, ist eine Klärung der Energiestrategie für die grossen Stromfirmen in der Schweiz: Wie lautet ihr Auftrag?» Er, Siegenthaler, habe in der Zeitung mit Erstaunen gelesen, dass der CEO der Axpo erklärte, Versorgungssicherheit sei nicht die Aufgabe seiner Firma. «Warum gehört dann die Firma der öffentlichen Hand? Warum ist sie dann der grösste Energieerzeuger der Schweiz? Die beteiligten

Kantone als Aktionäre müssen sich zusammensetzen und klären, was sie von ihrer Unternehmung wollen», Ende Zitat.

Also: An die Arbeit, Herr Energiedirektor Neukom, und endlich an die Arbeit, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der AWU! Kommen Sie endlich Ihren Aufgaben nach! Folgende drei Punkte erscheinen mir prioritär:

Erstens: eine externe Sonderprüfung der Handelsaktivitäten und der weiteren Buchrisiken der Axpo-Gruppe durch internationale Experten, und nicht schweizerische Nichtexperten, die man dann wieder irgendwo findet und von denen es dann vielleicht noch ein Gefälligkeitsgutachten gibt.

Zweitens: eine personelle Erneuerung von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der Axpo.

Und drittens: Die Verantwortung seitens des Kantons und seine Interessen in dieser leidigen Sache müssen geklärt und eventuelle Konsequenzen endlich gezogen werden. Dazu gehört auch das Hinterfragen der Tätigkeiten unserer Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU, und ihrer zukünftigen Besetzung, Frau Präsidentin. Ich denke, hier könnte die Geschäftsleitung mal aktivistisch tätig werden. Meine lieber sozialdemokratischer Freund (*gemeint ist Hanspeter Göldi*) schüttelt den Kopf. Ich weiss, da müsste man ja Verantwortung wahrnehmen. Er kommt jetzt gerade und will noch reden. Es kommt dann gut, wenn auch die Köche sich um die Axpo kümmern (*Anspielung auf den ursprünglichen Beruf des Angesprochenen*). Und zu guter Letzt müssen die politischen Organe in Bern die Frage stellen und abklären, ob die Eidgenössische Elektrizitätskommission, ElCom, ihrer Aufgabe nachgekommen ist und ob die verantwortlichen Damen und Herren bei dieser Behörde nicht zur Verantwortung gezogen respektive ausgewechselt werden müssten. Ja, um das geht es. Und ich denke, vor dem Hintergrund eines 4-Milliarden-Schutzschirms ist das nicht zu viel verlangt. Wir müssen endlich Verantwortung übernehmen und hinschauen und nicht nur parlieren und immer wieder Ausreden finden. Danke für die Kenntnisnahme.

Valentin Landmann (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es kann nicht sein, das millionenschwere, grössenwahnsinnige Manager und Trader immer wieder mit Riesenpannen, mit Riesenverlusten die Schweiz und die Kantone dazu zwingen einzuspringen, mit der Begründung «unsere Firma ist ja systemrelevant». Es ist ein ganz wesentlicher Grund, dass endlich die Handelsaktivitäten von der Stromproduktion getrennt werden, damit eine Handelsplattform auch mal schlimmstenfalls in Konkurs gehen kann. Aber sogar wenn die Stromproduktion dabei wäre, könnten die Kantone die Stromproduktion ohne Weiteres aus einer Konkursmasse wieder herauskaufen. Und das Problem ist auch: Ich meine, wieso behauptet man in der Presse und überall, wenn die Axpo zahlungsunfähig werde, dann sei es ein Riesenimageschaden, wenn die Schweiz nicht liefern könne, wenn sie Strom versprochen habe? Ja super, und wer sagt denn, dass die Axpo die Schweiz verpflichten kann? Meines Wissens haben die Axpo-Verwaltungsräte und die Geschäftsleitung nur Vollmachten für die Axpo, aber nicht dafür, den Bund für 60-Milliarden-Termingeschäfte zu verpflichten. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Ich möchte eine kurze Bemerkung machen zum Votum von Yvonne Bürgin zu 2015, da war die Axpo schon einmal in Schwierigkeiten: Ein wichtiger Hintergrund ist, dass damals das Speicherwerk Linth-Limmern erweitert wurde. Die Axpo wurde damals mit Spott und Häme übergoßen, denn bereits vor vollständiger Inbetriebnahme des Werks musste die Axpo Abschreibungen vornehmen wegen der damaligen niedrigen Stromgrosshandelspreise. Wenn die Axpo damals ein perfekter Marktteilnehmer im liberalisierten Strommarkt gewesen wäre, hätte sie dieses Speicherwerk gar nicht gebaut. Damals wäre sie dann gelobt worden dafür, mindestens von der bürgerlichen Ratsseite, aber heute, glaube ich, sind wir alle froh, dass dieser Speichersee existiert, dass er vergrößert wurde und die Pumpspeicher erweitert wurden. Und ähnlich wurden viele Projekte, um Anlagen zu bauen, durch die sehr tiefen Strompreise, die damals während Jahren geherrscht haben, im Keim erstickt. Ich denke, das ist eigentlich das grösste Marktversagen, das wir erlebt haben.

Ja, Kollege Habicher hat gesagt, er fände es wichtig, dass die Märkte spielen. Ja, sie spielen ja, sie spielen nur etwas verrückt. Ich denke, ich wäre froh, sie würden etwas weniger spielen.

Kollegin Frey-Eigenmann befürchtet, dass der Bund den Rettungsschirm zum Anlass nehmen könnte, den Strommarkt etwas stärker zu regulieren. Ich hoffe es, dass der Bund das zum Anlass nimmt, den Strommarkt etwas stärker zu regulieren. Denn denken wir daran: Auch in einem liberalisierten Strommarkt kommt der Strom nicht aus der Börse in Leipzig. Er muss immer noch produziert werden in realen Werken.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Wir wurden persönlich angesprochen und ich möchte hier als Vizepräsident der AWU und Mitglied der Subkommission EKZ ein paar Worte sagen. Es ist nicht so, dass die AWU nichts macht und die Problematik nicht gesehen hat. Es ist sicher so, dass wir gestärkt werden können, dass wir lernen werden, dass wir bereits am Lernen sind. Es ist aber auch klar, dass nicht von der linken Seite, sondern von der bürgerlichen Seite gerade im Jahr 2015 eine Diversifizierung der Axpo gefordert wurde. Das heisst, man hat damals gesagt, man will auch auf den Handel setzen und nicht nur auf die Stromproduktion im Inland. Wir wollten hingegen schon lange, dass mehr in die Inlandproduktion, das heisst in die Versorgungssicherheit, investiert wird. Leider wurde immer mit dem freien Markt, mit dem klaren wirtschaftlichen Eigentümervertrag argumentiert: Sie müsse wirtschaftlich sein, die Beschaffung, und mir wurde mehrmals gesagt: Wenn halt im Ausland viel günstiger nachhaltiger Strom produziert werden kann, dann können, ja dürfen wir nicht mal in der Schweiz produzieren. Da müsst ihr, als Politiker, uns die Werkzeuge zur Verfügung stellen. Ich hoffe, wir lernen alle daraus. Ich hoffe, dass wir schneller handeln können. Und ich kann euch versichern, dass die AWU ihre Aufgaben wahrnehmen wird. Details kann ich noch keine nennen, sonst wäre das Amtsgeheimnis verletzt. Ich danke euch für die Unterstützung.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Jetzt haben wir ein Statement von einem AWU-Mitglied gehört, das gesagt hat, wir könnten etwas dazulernen. Und wir hoffen, dass die AWU-Mitglieder das auch machen, denn es ist dringend an der Zeit. Schauen wir doch die Betrachtung von Hanspeter Göldi ein bisschen genauer, im Detail an: Wenn man die Jahresbetrachtung macht, beträgt der Verbrauch in der Schweiz durchschnittlich über die Jahre 2010 bis 2019 62,8 Terawattstunden. Die Produktion der Schweiz beträgt durchschnittlich in den Jahren 2010 bis 2019 63,4 Terawattstunden. Das heisst, die Jahresbetrachtung heute ist ausgeglichen, die Schweiz kann ihren Verbrauch decken. Jetzt gehen wir in Richtung Energiestrategie, die Hanspeter Göldi ja so toll findet, und die Abschaltung der Kernkraftwerke, die Thomas Forrer unbedingt fordert. Und dann machen wir eine Jahresbetrachtung im Jahre 2050. Der Verbrauch wird dort ansteigen auf 86,3 Terawattstunden, vor allem generiert durch Elektromobilität, die Wärmepumpen und die Wasserstoffelektrolyse. Die Produktion wird aber sinken. Wir rechnen jetzt die Kernkraftwerke aus der Produktion heraus. Wir haben kaum Investitionen in die Wasserkraft. Wir haben die Verluste durch die Restwassermengen, die garantiert werden müssen. Wir haben auch kaum Investitionen in erneuerbare Energien. Dort sind es vor allem die Bewilligungsverfahren, die Einsprachen von Links und Grün – Naturschutz, Vogelschutz, was auch immer für ein Schutz –, die diesen Investitionen zurzeit sehr hinderlich sind. Das sieht man bei den Leitungen im Wallis, die ins Mittelland geführt werden sollten, und so weiter. Wenn man also dann die Produktion anschaut, wie sie 2050 nach Ihrer Energiestrategie dastehen würde, dann sind wir bei 35,7 Terawattstunden. Das heisst, wir haben eine Lücke von 50 Terawattstunden. Und das ist Ihre Energiestrategie, Hanspeter Göldi, Thomas Forrer, und diese Energiestrategie unterstützen wir nicht.

Wir sind hier klar der Meinung: Es braucht die Kernkraft, die weiterläuft. Solange diese Werke sicher betrieben werden können, müssen wir sie am Leben erhalten und die entsprechende Stromproduktion auch wertschätzen. Zudem braucht es Investitionen in neue Kernkraftanlagen. Und wenn wir denken, wie lange es braucht von der Entwicklung bis der Planung, bis zum Bau, dann sind wir jetzt eigentlich schon viel zu spät.

Kommen wir zur aktuellen Situation: Was macht der Bundesrat zurzeit? Er hat eine Vernehmlassung gestartet für die Winter-Reserve-Verordnung, und ich möchte den Herrn Baudirektor fragen, ob er noch ein paar Worte dazu verlieren kann. Die Winter-Reserve-Verordnung will nämlich ein paar Sachen regeln und vor allem wird der Strom für die Stromverbraucher, für alle durchschnittlich um 1,4 Rappen pro Kilowattstunde steigen. Das ist schon klar. Das ist bedingt durch die Investitionen, die anfallen: Mittelfristige Investitionen in die Reserve-Gaskraftwerke 700 bis 900 Millionen Franken, mittelfristige Investitionen in die Notstromgruppen, die bereitgestellt werden sollten, eingerechnet sind 580 Millionen Franken für Reserve-Wasserkraftwerke, die aufgestockt werden sollten, für die Wasserkraft, also für den Ausbau, sind 2,2 Milliarden Franken vorgesehen. Sie sehen hier, es sind enorme Investitionskosten, die anfallen, und irgendjemand

muss es bezahlen, im Moment heisst es «die Stromverbraucher, die Stromverbraucherinnen». Und hier gilt es Gegensteuer zu geben, es gilt die richtigen Investitionen zu machen, und ich frage den Baudirektor: Wo steht der Kanton Zürich mit den EKZ und der Axpo in der Frage der Winterreserven und der anfallenden neuen Kosten?

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) spricht zum zweiten Mal: Das sind jetzt eben genau die Scheindebatten, von denen ich anfangs gesprochen habe. Wir reden hier wieder über die Energiestrategie 2050, obwohl wir 2017 darüber abgestimmt haben und das Volk, das Stimmvolk, die schweizerischen Stimmbevölkerung das mit guter Mehrheit angenommen hat. Herr Habicher, dasselbe ist auch mit den Atomkraftwerken. Wir reden immer wieder über den Ausbau der Atomenergie. Damit werden wir bestimmt nicht unsere Energieprobleme lösen. Denn diese Energieprobleme sind gegenwärtig und Sie wissen alle, ein Atomkraftwerk braucht ungefähr 30 Jahre, bis es dann endlich läuft. Das sind ungefähr die Erfahrungswerte, die wir aus dem Ausland kennen. Also binden Sie uns doch keinen Bären auf und sagen Sie jetzt nicht in dieser Energiekrise, die noch nicht da ist, die aber unter Umständen auf uns zukommen könnte, wir hätten mit den Atomkraftwerken eine Lösung. Das sind Scheindebatten und ich bitte Sie doch wirklich: Schauen Sie in den Kern des Problems. Eines der Kernprobleme sind eben genau diese Strommarktliberalisierung und die volatilen Energiepreise, die in den letzten Jahren dazu geführt haben, dass wenig Investitionen in die inländischen, notabene erneuerbaren Energien getätigt worden sind. Und auch die Heimfallregelung ist eines der wesentlichen Probleme, die auch für die Axpo ein Problem darstellt. Sie besitzt nämlich sehr viele Wasserkraftwerke und es besteht die Möglichkeit, dass diese Kraftwerke bei Ablauf der Konzessionen wieder an die Eigerkantone gehen. Auch das ist eine sehr schwierige Situation für die Axpo. Es verhindert nötige Investitionen in den Ausbau der Wasserkraftwerke. Es verhindert nötige Investitionen in die Sanierung gewisser Wasserkraftwerke, die nötig wären, auch da ist das Risiko zu gross. Und schliesslich als letztes Risiko sind da selbstverständlich noch die Atomkraftwerke, an denen die Axpo beteiligt ist. Auch dort ist nie ganz klar, wann sie wieder in Revision gehen müssen, wann wieder Risse entstehen, wann wieder Betriebsprobleme entstehen und genau dann die Produktion ausfällt. Sagen Sie uns bitte nicht, mit den Atomkraftwerken wäre die Versorgungssicherheit gegeben. Und sagen Sie uns bitte auch nicht, mit den Atomkraftwerken hätte die Axpo ein solides Standbein. Das ist alles andere als so.

Stefanie Huber (GLP, Dübendorf): Wir hatten heute wie der Lektionen zum Thema «Strommarkt in Europa», zum Thema «Versorgungssicherheit, Energiestrategie, Bau neuer Kraftwerke». Herr Neukom hat uns eine eher technische Antwort auf die Interpellation gegeben, die vielleicht politische Aspekte wenig gewichtet hat, in den Voten wurde es wieder sehr grundlegend. Wenn die einen davon sprechen, die Märkte unter Kontrolle zu bringen, den Strommarkt neu aufzustellen, müssen wir uns fragen, ob wir hier heute da richtig sind, oder wenn auf

der anderen Seite die Lösung aller Axpo-Probleme zusammen mit neuen Kraftwerken präsentiert wird, als wäre es die einzige Wahrheit. Richtig ist: Der Kanton Zürich hat in Bezug auf die Axpo eine Leader-Rolle zu übernehmen. Für uns geht es jetzt darum, parallel zur aktuellen Krise die Lehren zu ziehen und konsequent umzusetzen. Es gibt Fragen, die beantwortet werden müssen. Die Untersuchungen, die jetzt angestossen werden, sind wichtig. Ein Zurück zum Courant normal darf es nicht geben.

Ob die Risiken der Axpo richtig eingeschätzt wurden, das kann man sich tatsächlich fragen. Als Aufsicht, ich bin Mitglied der AWU, haben wir tatsächlich vielleicht wenig gebohrt, zu wenig. Wir haben es versucht – vielleicht nicht konsequent genug. Ob es an unseren Kompetenzen liegt, das ist die andere Frage. Das Konstrukt ist so komplex, dass wir uns als Kantonsrat und Kommission überhaupt erst herantasten müssen, wie wir die noch recht neuen Aufsichtsvehikel im Fall der Axpo überhaupt nutzen können. Die Anpassungen des Gründervertrags der NOK spielen eine wichtige Rolle. Liebe Axpo-Allianz, wir brauchen hier konstruktive, umsetzbare Vorschläge. Wir als Grünliberale arbeiten konstruktiv mit.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Thomas Forrer hat seine Reden vor allem dazu benutzt, um seine grüne Klimastrategie, Energiestrategie erneut zum Besten zu geben. Und vor allem hat er auch gesagt, der AKW-Strom, die Kernenergie eigne sich nicht zur Sicherstellung der Grundversorgung. Und vor allem diese Aussage hat mich dazu bewogen, hier ein kurzes Votum zu halten. Denn die Kernenergie ist – und das ist leider Tatsache und muss man einfach anerkennen – für die Grundversorgung, für die Versorgungssicherheit, zur Verhinderung der Strommangellage das A und O. Wir werden diesen Winter nur über die Runden kommen, wenn die AKW in Frankreich sicher betrieben werden können. Global gesehen sind noch nie so viele AKW gebaut worden wie heute. Das sind Fakten. Und ich möchte auch daran erinnern, wenn Thomas Forrer uns hier zum Besten gibt, dass zu wenig erneuerbarer Strom in der Schweiz produziert wird: Wer diesen Strom, diese erneuerbare Energie, wer das vor allem torpediert, das sind die Wähler der Grünen Partei. Bei jeder Staumauererhöhung, bei jedem neuen Stauseeprojekt sind es seine Wähler, die diese Projekte verhindern. Und dann einfach zum Aufzeigen, wie der Musterknabe Deutschland hier seine Stromproduktion gegliedert hat, möchte ich hier schon noch betonen: Auch Deutschland kommt nicht ohne Kernenergie über die Runden. Deutschland hat 25 Prozent Windenergie, 8 Prozent Biomasse, 9 Prozent Fotovoltaik. Das Vorzeigeland Deutschland in Sachen Fotovoltaik bringt 9 Prozent seiner Energieversorgung mit Fotovoltaik hin. Wasserkraft hat es 3,8 Prozent, Steinkohle 9,5 Prozent, Braunkohle 20 Prozent, Kernenergie 14 Prozent und Erdgas 10 Prozent. Also wir sehen einfach am Beispiel Deutschland, dass wir mit erneuerbaren Energien unsere Versorgungssicherheit nicht gewährleisten können. Wir brauchen einen Mix von vielen Energieträgern und vor allem brauchen wir natürlich auch die Energieproduktion, die Stromproduktion in unserem Land, um die Versorgungssicherheit in Krisen zu gewährleisten. Darum müssen wir auf alle Energieträger setzen, ob wir wollen oder nicht. Es führt daran kein Weg vorbei. Danke vielmals.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Die Axpo-Allianz wurde ja mehrfach angesprochen und ich möchte sagen: Ich glaube, wir arbeiten sehr konstruktiv am Thema Axpo. Es geht uns nämlich genau darum, eine sichere langfristige Ausrichtung dieses Konzerns zu erreichen. Und es ist eben auch wichtig, dass die Axpo wieder vermehrt im Fokus der Politik steht. Die Entpolitisierung hat diesem Unternehmen nicht gutgetan. Sie hat dazu geführt, dass sie heute in der Hand branchenfremder Manager ist, die eben nicht in erster Linie die Stromversorgung im Herzen haben, sondern wohl mehr Trader sind. Und es geht genau darum, dass die Politik eben einfordern muss, wofür wir die Axpo haben. Der Kanton Zürich hat die Axpo als strategische Beteiligung für die Stromversorgung dieses Landes. Deshalb ist es ja auch wichtig, dass der Kanton Zürich die Axpo hat, und deshalb ist auch wohl begründet, dass die Beteiligung im Verwaltungsvermögen ist. Nur müssen wir sicherstellen, dass die Axpo das auch weiss und entsprechend handelt. Ob dem heute wirklich so ist, ist fraglich.

Ich denke, wir sollten die jetzige Krise wirklich als Chance nutzen. Denn wir können gewisse Grundlagen, auf denen die Axpo gebaut ist, nochmals überdenken, modifizieren und die Axpo auf das richtige Gleis stellen – zusammen. Hier geht es eben genau um die Frage, welchen Handel es braucht. Es braucht Handel für einen Stromversorger, denn sonst kann man kein Kraftwerk betreiben. Aber welchen weiteren Handel sollte es geben und in welchem Ausmass? Wie muss er beschränkt werden? Was macht man mit wirklich nur wesensfremden, spekulativen Investitionen in Übersee? Und so weiter und so fort. Wir hatten im Rahmen unserer KEVU-Legislaturreise (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) einen Austausch mit unserer Schwesterkommission im Kanton Aargau. Dort hatten wir gute Gespräche eben genau über die Axpo. Und es hat mich dort übrigens auch sehr gefreut, dass wir uns zumindest mit den Aargauer Vertretern der GLP genau bei diesen Fragen sehr nahe waren. Wir werden entsprechende Vorschläge einbringen und freuen uns, wenn hier auch die GLP Zürich konstruktiv mitarbeitet. Danke.

Regierungsrat Martin Neukom: Herzlichen Dank für diese angeregte Debatte. Kantonsrat Lorenz Habicher hat mich noch gebeten, etwas zur Winterstromverordnung zu sagen, das kann ich hier gerne noch tun: Aktuell läuft eine Vernehmlassung des UVEK (*Departement für Umwelt Verkehr, Energie und Kommunikation*) zur sogenannten Winterreserve, eine Verordnung, die regelt, dass Wasser zurückgehalten werden kann und Gaskraftwerke in der Reserve stehen, damit dann, wenn es nötig ist, wenn nämlich der Markt nicht mehr spielt, das dann noch Reserven vorhanden sind, um noch Strom zu produzieren. Es ist eine Massnahme für die Versorgungssicherheit. Die Regierung wird diesbezüglich noch Stellung nehmen.

Grundsätzlich finde ich die Stossrichtung sinnvoll. Es ist sogar sinnvoll, fossile Reservekraftwerke in der Reserve zu halten, denn sie sind eine Versicherung, eine Versicherung dafür, dass wir, wenn alles schiefgeht, trotzdem noch Möglichkeiten haben, zusätzlich Strom zu produzieren. Wenn wir uns bewusst sind, wie

gefährlich ein Stromausfall in der in der Schweiz wäre, dann ist das aus meiner Sicht sehr wohl gerechtfertigt.

Zweitens: Es wurde gesagt, dass die Entpolitisierung des Verwaltungsrates der Axpo ein Fehler gewesen sei. Hier möchte ich nur klarstellen, damit Sie das richtig einordnen: Die wesentlichen Entscheidungen in der Vergangenheit wurden vom politischen Verwaltungsrat gefällt, einfach, damit Sie sich hier keine Illusionen machen. Die Hedging-Strategie, die sich jetzt eigentlich als Problem herausstellt, die Hedging-Strategie, dass man seinen Strom drei Jahre im Voraus verkauft, wann wurde diese beschlossen? Sie wurde 2014 beschlossen – vom politischen Verwaltungsrat, von dem Sie hier jetzt offensichtlich glauben, dass er alles besser gemacht hätte. Das ist nicht der Fall. Wann wurde die EGL (*Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg*) gekauft? Sie wurde unter dem alten politischen Verwaltungsrat gekauft. Wann wurde das Origination ausgebaut? Unter dem alten politischen Verwaltungsrat. Also wenn Sie das kritisieren wollen, dann können Sie auch die Mitglieder des alten, politisch zusammengesetzten Verwaltungsrates kritisieren. Die Entpolitisierung hat erst 2017 stattgefunden, und wesentliche Entscheidungen sind schon vorher getroffen worden.

Was ich gut finde: Ich glaube, ich bemerke in diesem Rat einen Konsens. Wir wollen alle, dass mehr im Inland investiert wird. Das ist gut und richtig, denn die Stromversorgung ist extrem zentral. Wir möchten nicht erleben, dass es zu einem flächigen Problem mit der Stromversorgung kommt. Und die Axpo ist ein grosser Player im Bereich Stromversorgung, ist extrem zentral für die Versorgungssicherheit nicht nur im Kanton Zürich, sondern in der ganzen Schweiz. Und deshalb ist es auch so zentral wichtig, dass hier der Bund mit dem Rettungsschirm eingesprungen ist. Denn es geht nicht nur um die Stromversorgung im Kanton Zürich, es geht um die Stromversorgung in der ganzen Schweiz. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.